Trump: Kann er wirklich eine Million Einwanderer abschieben

Kann Trump wirklich eine Million Einwanderer abschieben? Bei seinen Wahlkampfauftritten verspricht er Massendeportationen, doch Experten nennen erhebliche rechtliche und logistische Hürden. Welche Herausforderungen bestehen?

Die Wahlkampfveranstaltungen von Donald Trump sind bekannt für ihre häufigen Aufrufe zur Abschiebung großer Zahlen von Migranten. Sollte Trump erneut zum Präsidenten gewählt werden, hat er versprochen, Menschen ohne legale Aufenthaltsgenehmigung in Massen aus den Vereinigten Staaten zu deportieren. Sein Vizepräsidentenskandidat, JD Vance, nannte in einem Interview mit ABC News diese Woche eine konkrete Zahl: „Lass uns mit einer Million anfangen,“ sagte er. „Daran ist Kamala Harris gescheitert. Und dann können wir weitermachen.“

Doch selbst wenn dies ein zentraler Bestandteil von Trumps Plattform ist – mit Schildern bei seinen Kundgebungen, die „Massendeportationen jetzt!“ fordern – gibt es laut Experten erhebliche rechtliche und praktische Herausforderungen, um so viele Menschen auszuweisen.

Rechtliche Hürden und der Aufwand der Abschiebungen

Nach den neuesten Zahlen des Department of Homeland Security und des Pew Research Centers leben derzeit etwa 11 Millionen undokumentierte Einwanderer in den USA, eine Zahl,

die seit 2005 relativ stabil geblieben ist. Die meisten von ihnen sind Langzeitbewohner – fast vier Fünftel leben seit mehr als einem Jahrzehnt im Land.

Einwanderer ohne legalen Status haben das Recht auf ein ordentliches Gerichtsverfahren, einschließlich einer gerichtlichen Anhörung vor ihrer Abschiebung. Eine drastische Zunahme der Abschiebungen würde wahrscheinlich eine große Erweiterung des Einwanderungsgerichtssystems erfordern, das von Rückständen geplagt ist.

Die meisten Einwanderer, die bereits im Land sind, gelangen nicht durch Begegnungen mit Einwanderungs- und Zollbeamten (Ice) in das Abschiebungssystem, sondern durch die örtlichen Strafverfolgungsbehörden. Viele der größten Städte und Landkreise des Landes haben jedoch Gesetze erlassen, die die Zusammenarbeit der lokalen Polizei mit dem Ice einschränken.

Das Trump-Wahlkampfteam hat angekündigt, gegen diese „Schutzstädte“ vorzugehen, aber das Flickwerk lokaler, staatlicher und bundesstaatlicher Gesetze in den USA erschwert das Bild weiter. Kathleen Bush-Joseph, Politikanalystin beim Washingtoner Migration Policy Institute (MPI), erklärte, dass die Zusammenarbeit zwischen Ice und lokalen Beamten ein „kritischer“ Aspekt eines jeden Massendeportierungsprogramms sei. „Es ist viel einfacher für Ice, jemanden aus einem Gefängnis abzuholen, wenn die lokale Strafverfolgungsbehörde kooperiert, anstatt sie suchen zu müssen,“ sagte sie.

Logistische Herausforderungen und finanzielle Kosten

Wenn eine US-Regierung in der Lage wäre, Pläne für Massendeportationen legal umzusetzen, müssten die Behörden noch enorme logistische Herausforderungen bewältigen. Während der Biden-Regierung haben sich Abschiebungsbemühungen auf Migranten konzentriert, die kürzlich an der Grenze festgenommen wurden. Migranten, die

aus dem Binnenland der USA abgeschoben werden, sind überwiegend Personen mit kriminellen Vorgeschichten oder solche, die als Bedrohungen für die nationale Sicherheit eingestuft werden.

Kontroversielle Razzien an Arbeitsstätten, die während der Trump-Regierung durchgeführt wurden, wurden 2021 ausgesetzt. Abschiebungen von Personen, die im US-Binnenland festgenommen wurden – im Gegensatz zu denen an der Grenze – lagen ein Jahrzehnt lang unter 100.000, nachdem sie in den frühen Jahren der Obama-Regierung über 230.000 erreicht hatten.

„Um diese Zahl in einem einzigen Jahr auf eine Million zu erhöhen, wäre ein massiver Einsatz von Ressourcen erforderlich, die wahrscheinlich nicht existieren,“ erklärte Aaron Reichlin-Melnick, Politischer Direktor des American Immigration Council. Experten bezweifeln, dass die 20.000 Ice-Agenten und Unterstützungsmitarbeiter ausreichen würden, um auch nur einen Bruchteil der von Trumps Wahlkampfteam genannten Zahlen zu finden und aufzuspüren. Reichlin-Melnick fügte hinzu, dass der Abschiebeprozess lang und kompliziert sei und nur mit der Identifizierung und Verhaftung eines undokumentierten Migranten beginne. Danach müssten die Inhaftierten untergebracht oder in ein „Alternativ zur Haft“-Programm aufgenommen werden, bevor sie einem Einwanderungsrichter vorgeführt werden, in einem System, das mit jahrelangen Rückständen zu kämpfen hat. Erst dann werden die Inhaftierten aus den USA entfernt, ein Prozess, der diplomatische Zusammenarbeit mit dem Aufnahmeland erfordert. „In jedem dieser Bereiche fehlt es Ice einfach an der Kapazität, Millionen von Menschen zu verarbeiten,“ sagte Reichlin-Melnick.

Trump hat gesagt, dass er die Nationalgarde oder andere US-Militärkräfte in die Abschiebungen einbeziehen würde. Historisch gesehen war die Rolle des US-Militärs in Einwanderungsangelegenheiten auf Unterstützungsfunktionen an der US-mexikanischen Grenze beschränkt. Abgesehen von

der Nutzung des Militärs und „der lokalen Strafverfolgung“ hat Trump nur wenige spezifische Angaben gemacht, wie ein solches Massendeportationsprogramm durchgeführt werden könnte. In einem Interview mit dem Magazin Time Anfang dieses Jahres sagte der ehemalige Präsident lediglich, dass er den Bau neuer Migrant-Hafteinrichtungen „nicht ausschließen“ würde und dass er die Polizeikräfte von der Strafverfolgung durch „liberale Gruppen oder progressive Gruppen“ befreien würde. Er fügte hinzu, dass es auch Anreize für staatliche und lokale Polizeibehörden geben könnte, teilzunehmen, und dass diejenigen, die dies nicht tun, „nicht an den Reichtümern teilhaben werden.“ „Wir müssen das tun,“ sagte er. „Dies ist kein nachhaltiges Problem für unser Land.“ Der BBC hat das Trump-Wahlkampfteam um weiteren Kommentar gebeten.

Eric Ruark, Forschungsdirektor bei NumbersUSA, einer Organisation, die sich für strengere Einwanderungskontrollen einsetzt, sagte, dass jedes Abschiebungsprogramm aus dem Binnenland heraus nur wirksam sein würde, wenn es mit einer verstärkten Grenzüberwachung gekoppelt wäre. „Das muss die Priorität sein. Du wirst im Inland sehr wenig Fortschritte machen, wenn das nicht der Fall ist,“ sagte er. „Das ist es, was die Menschen dazu bringt, zu kommen.“ Ruark fügte hinzu, dass auch ein hartes Vorgehen gegen Unternehmen, die undokumentierte Migranten einstellen, notwendig wäre. „Sie kommen wegen der Arbeitsplätze,“ sagte er. „Und sie bekommen diese Arbeitsplätze, weil die Durchsetzung im Inland praktisch eingestellt wurde.“

Experten schätzen, dass die Gesamtkosten für eine Million oder mehr Abschiebungen in die Zehn- oder sogar Hunderte von Milliarden Dollar gehen würden. Das Ice-Budget für Transport und Abschiebung betrug 2023 420 Millionen Dollar (327 Millionen Pfund). In diesem Jahr hat die Behörde etwas mehr als 140.000 Menschen abgeschoben. Tausende von Einwanderern würden in Haft gehalten, während sie auf Gerichtsverhandlungen oder Abschiebungen warten, und Trumps Wahlkampfteam hat geplant, große Lager zu bauen, um

sie alle unterzubringen. Auch die Zahl der Abschiebeflüge müsste dramatisch erweitert werden, möglicherweise wären militärische Flugzeuge erforderlich, um die aktuelle Kapazität zu erhöhen. „Selbst eine kleine Erweiterung in einem dieser Bereiche könnte erhebliche Kosten verursachen,“ sagte Reichlin-Melnick. „Schon eine geringfügige Änderung liegt im Bereich von Zehn- oder Hundertmillionen.“ Diese Kosten kämen zu den Ausgaben für andere Grenzüberwachungsmaßnahmen hinzu, die Trump versprochen hat: die Weiterführung des Baus einer südlichen US-Grenzmauer, eine Seeblockade, um das Eindringen von Fentanyl in das Land zu verhindern, und die Verlegung Tausender von Truppen an die Grenze.

Adam Isacson, Migrations- und Grenzexperte vom Washington Office on Latin America, erklärte, dass „albtraumhafte Bilder“ von Massendeportationen einer potenziellen Trump-Administration auch politisch erheblich schaden könnten. „Jede Gemeinschaft in den USA würde Menschen sehen, die sie kennen und lieben, die in Busse steigen,“ sagte Isacson. „Man würde einige sehr schmerzhaft Bilder im Fernsehen sehen von weinenden Kindern und Familien,“ fügte er hinzu. „All das ist unglaublich schlechte Presse. Es ist Familientrennung, aber auf Steroiden.“

Während der vier Jahre der vorherigen Trump-Regierung wurden etwa 1,5 Millionen Menschen abgeschoben, sowohl von der Grenze als auch aus dem Binnenland der USA. Die Biden-Regierung – die bis Februar 2024 etwa 1,1 Millionen Menschen abgeschoben hatte – ist auf dem besten Weg, diese Zahl zu erreichen, zeigen Statistiken. Während der beiden Amtszeiten der Obama-Regierung – als Biden Vizepräsident war – wurden mehr als drei Millionen Menschen abgeschoben, was einige Einwanderungsreformaktivisten dazu veranlasste, Barack Obama als den „Deporter-in-Chief“ zu bezeichnen.

Der einzige historische Vergleich zu einem Massendeportationsprogramm fand 1954 statt, als bis zu 1,3 Millionen Menschen im Rahmen der Operation Wetback

abgeschoben wurden, benannt nach einer damals gängigen abfälligen Bezeichnung für Mexikaner. Diese Zahl wird jedoch von Historikern angezweifelt. Das Programm unter Präsident Dwight Eisenhower stieß auf beträchtlichen öffentlichen Widerstand – teilweise, weil auch einige US-Bürger abgeschoben wurden – sowie auf einen Mangel an Finanzierung. Es wurde größtenteils 1955 eingestellt. Einwanderungsexperten sagen, dass sich der frühere Einsatz auf Mexikaner und der Mangel an Rechtsstaatlichkeit das Programm unvergleichbar mit einem modernen Massendeportationsprogramm macht. „Die damals [1950er Jahre] Abgeschobenen waren alleinstehende mexikanische Männer,“ sagte Kathleen Bush-Joseph vom MPI. „Heute kommen die meisten Menschen zwischen den Einreisehäfen aus Ländern, die nicht Mexiko oder sogar Nord-Zentralamerika sind. Das macht es so viel schwieriger, sie zurückzuführen,“ fügte sie hinzu. „Das sind keine vergleichbaren Situationen.“

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de